

Politische Zeitung

vorm. im B. Schwetschke'schen Verlage. (Halle'scher Courier.)

Insertionsgebühren für die häufigste Stelle oder deren Raum für Halle u. Reg. B. Merseburg nur 15 Pf.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die halbjährige Zeitung erachtet wöchentlich in jeder Ausgabe 80 Pf. 1 1/2 Mkr. in zweier Ausgabe 1 Mark. 4 1/2 Mkr.

Nummer 100.

Halle, Sonnabend, 30 April 1887. (Ausgegeben am 29 April Vormittags.)

179. Jahrgang.

Zur ersten Ausgabe gehören als Beilagen: die Novelle von M. Alexander, Das Blumenmädchen von Florenz, S. 5-8.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf die

Hallische Zeitung

zum Preise von 2 Mark für Halle von der Expedition, den bekannten Ausgabestellen und den Zeitungs-Spediteuren, für Auswärts von sämtlichen Kaiserl. Postanstalten entgegengenommen. Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir schon von jetzt ab die Zeitung.

Halle, den 29. April.

Politische Mittheilungen.

Nachdem nunmehr in dem Fall Schnäbelle einige wichtige Thatsachen ungewissheit beseitigt sind, scheint es an der Zeit, den durch die fortwährende Presse verbreiteten Versionen den wahren Sachverhalt entgegenzusetzen, und giebt die „Nordb. Allg. Zeitung“ zu diesem Zweck im Folgenden die Mittheilung wieder, welche dem Auswärtigen Amt auf dessen Requisition seitens des Reichsjurists über den Fall Schnäbelle zugegangen ist:

Am Februar d. J. wurden der Sachverhalt, wobei ein Strafbauern unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet, und wurde gegen beide unter der Verhaftung:

im Inlande in nicht veröffentlicher Zeitungsblätter und Nachrichten, von denen ich wüßte, in ihre Geheimhaltung der französischen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, dieser Regierung mitgeteilt zu haben.

Auf Grund des § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet.

Klein wurde bei seiner Verhaftung im Besitz dreier Briefe gefunden, in welchen Anstalt über die Befreiungsarbeiten zu Straßburg verlangt wird, und aus denen ich ergeht, daß der Briefschreiber gleiche Nachrichten bereits aus Westpreußen hat.

Klein legte nach anfänglichen Leugnen — auf Vorhalt der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente, insbesondere nach Vorlegung eines andern von seiner Frau herabgegebenen Briefes, die Wahrheit anerkennend, an Straßbauern am 28. August 1882, in welchem über die Armierung der Straßburger Forts nähere Angaben gemacht werden — ein Geländekarte.

Im Jahre 1879 oder 1880 sei er von dem französischen Reichs-Agenten Straßbauern zu Paris mit der Spionage in Mainz und Straßburg beauftragt worden. Er habe die ihm von demselben brieflich vorgelegten Fragen, welche sich meist auf die Reichsforten, Lage und Konstruktion der Forts von Mainz und Straßburg bezogen, unter der Adresse Straßburg in Paris, und unter andern Briefen beantwortet und habe für seine Thätigkeit sich zu seiner Verhaftung monatlich 200 M bezogen. An den Straßbauern sei er durch den damaligen französischen Grenzpolizeibeamten Fleury, Gouverneur gemeldet worden, welcher mehrere auch geteilt, nicht einig, einzelne Sendungen vermittelte habe. Der etwa zwei Jahren habe im Straßbauern geschrieben, daß er von jetzt ab mit der Sache nichts weiter zu thun habe, und ihn an den Oberst Vincent zu Paris, als den Mann, welcher von dem reisen, nicht einig, einzelne Sendungen vermittelte habe. Er habe eine Briefe an Ricard in Mainz adressiert, letzteres habe er getan, bis er von dem französischen Polizeikommissar Schnäbelle zu Baden zu einer Zusammenkunft eingeladen und dabei von diesem aufgefordert worden sei, in Zukunft keine Briefe an Ricard mehr zu schreiben, da demselben die Deutscher Behörden von diesem kenne. Die bei ihm aufgefundenen Briefe hätten von Schnäbelle her. Die anfällige Form der Briefe habe beschränkt, die im Falle einer etwaigen Verhaftung als Familienbriefe angesehen zu werden, um nicht als Spionagebriefe zu gelten.

In Folge seines Geständnisses ertheilte der Untersuchungsrichter dem ihm beigegebenen Kriminalkommissar v. Tausch den Auftrag, auf den des Landesverrats beschuldigten französischen Polizeikommissar Schnäbelle zu fassen und ihn im Falle der Festnahme des Gebiet, welche Beziehungen von Klein zu Schnäbelle unterhalten zu haben.

Die Verhaftung hat erwiesenermaßen auf deutschem Gebiet stattgefunden. Nachdem Schnäbelle bei seiner ersten Vernehmung jede Schuld in Abrede gestellt und behauptet hatte, daß seine Verhaftung auf französischem Gebiet erfolgt sei, hält er die letztere Behauptung nicht mehr bestimmt aufrecht, nicht einig, einzelne Sendungen vermittelte habe, und räumt zugleich ein, die anderen Briefe geschrieben und die als landesverräterisch gekennzeichneten Korrespondenz des Klein vermittelte zu haben.

Der von ihm und dem Klein genannte französische Oberst Vincent ist bei dem Reichsgericht bereits aus den Landesverratsprozeduren wider den bairischen Kapitän Gram und wider den Medaillenträger Prof. als Chef des französischen Nachrichtenbureaus zu Paris bekannt.

Der Untersuchungsrichter hat gegen den Schnäbelle den Sachverhalt wegen Landesverrats aus dem Grund der §§ 92 Nr. 1 und 47 des Strafgesetzbuchs eröffnet.

Der Angeklagte erachtet ich zu französischen Grenzpolizeibeamten, insbesondere zu dem Polizeikommissar Werder zu Weisau, welche Beziehungen von Klein zu Schnäbelle unterhalten zu haben.

Am 28. April d. J. wurde die Subkommission des Reichstages über die Beratung des Landtagsgesetzes. Sämtliche Anforderungen, welche eine Folge der beschlossenen Gesetzesveränderung sind, wurden ohne erhebliche Debatte genehmigt. Der Kriegsminister recapitulirte die schon in der vorigen Session erörterten Gründe, welche zur Befreiung der Rekruten von der Cavalierie d. h. zur Einberufung der Wehrpflichtigen am 1. October statt 1. November geführt hätten. Diese Gründe wurden geteilt. Ebenso wurde die Übertragung der an die Kamerun-Interessierten zu zahlenden Zulagen, und zwar nicht bloß für die eines Expeditionsfonds entbehrenden neuen Truppenkörper, sondern auch für die übrigen genehmigt. Auch die Vernehmung der Lebungsmission zur Einbindung der Truppen mit dem Rekruten fand die Zustimmung der Kommission. Ebenso wurde zur Vermeidung des einmaligen Ausgabes übergegangen. Zunächst wurde zur Entgegennahme der vertraulichen Mitteilungen der Regierung eine Subkommission eingeleitet, bestehend aus den Abg. von

Malsb. von Bennigsen, von Hüne, Graf Vehr, Schröder. Die Kommission wurde die Forderungen für „bedeutende Zulagen“ (§ 117 67a) und „für Vergebung und Veräußerung der neu aufgestellten Truppenkörper“ (§ 337 682) bewilligt. Bei dem Abschnitt „Garnisonverwaltungsregeln“ wurde der Neubau einer Kaserne für zwei Grenabattalione bei Berlin nach längerer Debatte einstimmig bewilligt, ebenso die Forderungen für Kasernebauten in einer ganzen Reihe von Städten, fast sämtlich Konsequenzen der Gesetzesveränderung. Die für Kaserne, Exercir- und Schießplätze bewilligte Summe beläuft sich auf 5435 584 M. Die Aufhebung von 7000 Mann für ein Garnisonlager in Mainz wurde bei der Einholung weiterer Auskunft zurückgestellt, ebenso die Anforderung zur Steigerung der Operations- und Schlagfertigkeit des Heeres, im Ganzen etwa 51 Millionen M. Absondern wurde die Generalabteilung über die Eisenbahnbauten eröffnet (3314 000 M.). Gegenüber einigen Verengerungen der Abg. Gammacher und Schröder führte der Kriegsminister aus, daß es ihm nicht möglich sei, die staatsrechtlichen und finanziellen Gesichtspunkte voll zu würdigen; er habe die Angelegenheit nur von militärischen Gesichtspunkten aus zu beurteilen und müßte bitten, der Vermittlung Finanzen entgegenzutreten. Bezüglich der staatsrechtlichen und finanziellen Bedenken machte er nur darauf aufmerksam, daß man sich in dem vorliegenden Fall in einer Zwangslage befinde. Die Wohlverfassung des Staates der sich verändernden Verhältnisse der Verhältnisse sei schon vor drei Jahren erkannt worden. Es wurde 1. B. dem Bundesrat eine Vorlage wegen Regelung des Verhältnisses zur Privatbahn gemacht, doch stellten sich zu erhebliche Schwierigkeiten heraus, daß die grundsätzliche Regelung des Verhältnisses zu den Staatsbahnen erwies sich als unauflösbar. Man sei daher schließlich zur Abschaffung von Staat zu Fall gekommen. Die Frage, ob die Verhältnisse der Eisenbahnen in den vorliegenden Umständen eine lothrechtliche sei, werde später in der Subkommission von sachverständiger Seite eingehend beleuchtet werden. In die Subkommission für die Eisenbahnen wurden delegiert die Abg. Gammacher, Vörlin, Dornann, Hof und Schröder.

Der Kaiser hörte Vormittags den Vortrag des Grafen Perschke und empfing mehrere Offiziere. Später arbeitete der Monarch mit dem Chef des Militärkabinetts, konferierte mit dem Kriegsminister und unterwarf dann eine Ausfahrt. Abends fand bei den Majestäten eine musikalische Soirée statt.

König Otto von Bayern trat am 27. d. in sein 40. Lebensjahr. Die Feste feierten zunächst auf einem Grundstück der Königin, die die Besuche und die Beamtenschaft feierlich. Die Königin, „Neuch. Nachr.“ meinen, der Geburtstag könne unter den überragenden feierlichen Gelegenheiten des Königs, der seit Jahren unheilbarer Gichtleidender, werden. Die Königin, die seit Jahren unheilbarer Gichtleidender, werden. Die Königin, die seit Jahren unheilbarer Gichtleidender, werden. Die Königin, die seit Jahren unheilbarer Gichtleidender, werden.

Die nächste Plenarsitzung des Bundesrats wird vermutlich am Sonnabend stattfinden und soll in derselben u. A. über die Branntweinsteuererhöhung Beschluß gefaßt werden.

Der Reichstag hat seine Plenarsitzungen vorläufig unterbrochen und wird erst am 5. Mai die gemeinsamen Beratungen wieder aufnehmen in der Annahme, daß bis dahin die zahlreichen Kommissionen gegebenenfalls Material für die Arbeit des Plenums geliefert haben werden. — Das preussische Herrenhaus erledigte verchiedene Beschlüsse seiner Justiz- und seiner Agrarkommission, während im Abgeordnetenhause der Gesetzentwurf betreffend Gewährung einer Subvention an die Provinzialjustizstellen der Rheinprovinz, um ihn vor der Ablehnung zu bewahren und ihm die Aussicht zu lassen, in erweiterter Form nochmals vor das Forum des Hauses zu gelangen, an die Kommission zurückgewiesen wurde, worauf noch mehrere Petitionen zur Erledigung gelangten.

Die Weis- und Zinkkommission des Reichstages ist am Donnerstag mit der Beratung zum Abschluß gekommen und hat als Thema für das Intraitem des Gesetzes den 1. April 1888 angenommen.

In der gestrigen Sitzung der Wahlforschungs-Kommission des Reichstages wurden die Wahlen der nachstehenden Abgeordneten für gültig erklärt: von Reith-Kehow (2. Minden), Schuster (5. Baden), Dr. Meyer (Halle a. S.) und Lucius (Düsseldorf). Das Mandat des Herrn Reubarth (7. Merseburg) wurde ohne Widerspruch für ungültig erklärt, dagegen der Antrag, den freijünglichen Gegner Reubarths, Herrn Panie, zum Reichstag einzuberufen, mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Wahl des Dr. Reinhold (3. Arnberg) kam noch nicht zur Entscheidung, da zunächst noch Erhebungen über die Frage, in wie weit die Behauptungen eines Wahlprotestes begründet sind, ange stellt werden sollen.

Fortschrittliche Blätter haben bei Besprechung der neuesten Wahlfaktik mit besonderer Genugthuung hervor, daß die Antisepennatsparteien eine größere Gemeinsamkeit erreicht hätten als die sogenannten Kartellparteien, daß somit bei einer unmittelbaren Volksabstimmung die Militärvorlage abgelehnt worden wäre. Zunächst ist diese Bedingung insofern unrichtig, als bekanntlich aus einige Mitglieder desentrums für das Septennat gestimmt haben, deren Wähler also von jener Gemeinsamkeit in Frage gebracht werden müßten. Sodann aber ist gar nicht daran zu denken, daß bei einer unmittelbaren Abstimmung über das Septennat viele Wähler, die aus Gewohnheit und Partei-

disziplin einem fortschrittlichen oder liberalen Septennat gegenüber die Stimme gegeben haben, für die Vorlage gestimmt haben würden, und schließlich wollen wir uns freuen, daß wir nicht auch noch die Eintragung unmittelbarer Volksabstimmungen über Gelege befehlen.

Die „Freie. Zig.“ stellt jetzt ausdrücklich fest, daß die Antinigung der „Lib. Corr.“ von der angeblich beabsichtigten Einberufung eines freisinnigen Parteitagelages von seinem Abgeordneten und keinem Mitglied des Centralkomitees der Partei hergerührt hätte. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß der seit längerer Zeit krankte Minister des Innern, v. Voelcker, seinen Absicht zu nehmen beabsichtigt. In der gestrigen Sitzung der württembergischen Abgeordnetenversammlung wurde der Präsident in einer Ansprache des Württembergers, welcher am 27. April d. J. Nummer 20 Jahre dem Rath der Krone angehört, in welchem er anfänglich der Disposition, welche gelegentlich der Vuzemberger Frage im Ministerium entstanden waren, beruht wurde. Seitens des Landwirtschaftsministers ist den Bezirksregierungen aufgegeben worden, bis zum 1. April 1888 über die bisherige Wirksamkeit des Gesetzes, betreffend den Betrieb des Aufschlagewerkes vom 18. Juni 1884, vortragsweise über den Ausfall der betreffenden Bestimmungen, die Wirksamkeit der Bestimmungen und die Schicklichkeit der Innungen auf diesem Gebiete zu berichten. Dabei ist anzunehmen, wieder Prüfungscommissionen und an welchen Orten solche bestehen, fern, wieviel Prüfungen die Prüfung haben werden und ob sich eine Verbesserung des Aufschlags nachnehmen läßt.

Frankreich. Crispi hat einem Franzosen schriftlich seinen „lehtlichsten Wunsch“ ausgedrückt, daß die Interessen Italiens und Frankreichs nicht vereint gehen, und die Bande, die unsere beiden Vaterländer umschlingen, verstärken mögen.“

Der „National“ meldet über die Ursachen der Verdrückung der Aufführung von Richard Wagner's „Lohengrin“ folgendes: Der Polizeidirektor von verhandelt, daß die Patrioten der Polizei keinen Anlaß zum Einreiten geben wollen. Sie zu verhindern, sich zu der Vorstellung zu begeben, ihre Anwesenheit zu beabsichtigen zu machen und sich, wenn es sein müßte, der Sitze zu bedienen, abgelehnt worden. Dagegen wollten die Patrioten sich in keinen Gruppen vor das Operntheater an der Ecke der Rue Boulevard, Caumartin und Auber begeben, bei der Eröffnung der Thore sich rasch massiren und so Wagen und Fußgänger verhindern, ins Theater zu gehen. So wie die Polizei verfuhr hätte, sie zu zerstreuen, wären sie willig auseinander gegangen, hätten sich aber gleich wieder schweigend gesammelt. Auf solche Art wäre „Lohengrin“ vor leerem Hause gespielt worden. Die Regierung dachte aber, die Demonstration würde nicht lange eine stumme bleiben, und veranlaßte Lamoureux, die Vorstellung auf unbestimmte Zeit zu verchieben.

Ungarn. Der „Gazeta Narodowa“ wird aus Warschau berichtet, der Generalgouverneur Gurko habe eine strenge Verfügung erlassen, worin die Rabbiner angewiesen werden, die Eintragung von Geburten, Eheschließungen u. zc. in ihre Bücher ausschließlich in russischer Sprache zu bewirken. Ferner sollen sämtliche Rabbiner, sowohl amtlich angestellte als auch private, bis zum 1. Juli d. J. den Nachweis führen, daß sie die russische Sprache in einem hierzu erforderlichen Maße beherrschen, widrigenfalls ihnen auf ihre Kosten Beamte zugewiesen werden, welche die Thätigkeit für sie erledigen werden. — In den orthodoxen Kirchen von Livland ist eine Verordnung des Gouverneurs bekannt gemacht worden, durch welche die Bevölkerung vor Schließung gemisteter Ehen und vor der Taufe der aus solchen Ehen entpflanzten Kinder in protestantischen Kirchen unter Androhung von Strafe gewahrt wird.

Belgien. In Belgien sind in jüngster Zeit wieder eine beträchtliche Anzahl von ländlichen Gemeinden durch königliches Dekret ermächtigt, ihre Volksschule aufzuheben. Die Gesamtanzahl der seit 1884 aufgehobenen Volksschulen beläuft sich annähernd auf 1000, und die Zahl der Lehrer, die an diesen Schulen thätig waren und einfach abgelehnt wurden, auf 3000. An Stelle der so beseitigten staatlichen Volksschulen entstehen natürlich überall Kloster- und Privatschulen. Man sieht hieraus den rührigen Eifer der belgischen Katholiken, die ja jetzt noch das Ministerium bilden, die Schule in ihre Gewalt zu bringen, aber mit ihrer Reizung, auch auf 10 Jahren ein Gebot, die Reformen zu beenden und die Beschränkung des Landes auf gesunde Grundlagenten zu bringen, sieht es leider um so düsterer.

Bulgarien. Wie die „Times“ erzählt, hat Rizo Bey am Dienstag der bulgarischen Regierung Vorwürfe der Forderung übermittelte, wonach die Reichsjustiz zurücktreten und Rizo oder ein anderer türkischer Kommissar mit dem gegenwärtigen Ministerium der Regierung, bis zur nächsten Wahl durch die große Versammlung übernehmen soll. Die Forderung wird diese Vorwürfe den Wächtern mittelst Zirkularen unterbreiten.

Preussischer Landtag.

Derrenburg. 13. Plenarsitzung vom 28. April 1. Uhr. Im Ministerium: v. Boetticher, Lucius, Friedberg und Kommissionen. Die auf der Tagesordnung stehenden drei Gesetzentwürfe, betreffend 1) Ergänzungen des Aufschlagsgesetzes vom 21. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfahrgesetz, 2) die Ab-





